bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 08 | 13. April 2007

Rechte Szene 2

„Tag der nationalen Arbeit“
Rechtsextremisten mobilisieren mit antikapitalistischen Phrasen zu ihren 1.-Mai-Aufmärschen.

„Juristisches Neuland“
Rieger will den „Heisenhof“ behalten.

Schulterschluss mit den Freien
Die NPD will in sieben Kreistagen Sachsen-Anhalts in Fraktionsstärke einziehen. Auch andere extrem rechte Parteien wie DVU, Deutsche Partei und Republikaner bewerben sich um die Gunst der Wähler.

Freie Bahn für Rechtsrock
„Blood&Honour“-Strukturen in der schleswig-holsteinischen Provinz.

Prozesse 6

Link zur Holocaust-Leugnung
Vorwurf der Volksverhetzung gegen den ehemaligen NPD-Kreischef von Ostvorpommern/Greifswald bestätigt.

Ausland 7

Gefährliche Allianz
Die „White-Power“-Gang PEN1 genießt den Schutz der „Arischen Bruderschaft“ und profitiert von deren Infrastruktur.

Grauzone 8

Betriebsrat mit Tarnkappe
Mehrere Mitglieder des AUB waren mit der extrem rechten Szene verstrickt.

Thema „Meinungsfreiheit“
Rechtslastige Redner bei Burschenschaften.

Demokratische Initiativen 9

Bedingungen selbst wählen
Mit Rechtsextremen öffentlich reden? Tipps gegen die „Wortergreifungsstrategie“.

Blick in die Zeitgeschichte 10

„Mut, sich zu kümmern“
Ein „Gerechter unter den Völkern“ – der Unternehmer Ernst Leitz wollte kein Held sein und war doch einer.

Meldungen 11

Rechte Szene

„Tag der nationalen Arbeit“

Rechtsextremisten mobilisieren mit antikapitalistischen Phrasen zu ihren 1.-Mai-Aufmärschen.

Den antikapitalistischen Jargon beherrscht die extreme Rechte seit einigen Jahren. Auch im Vorfeld des 1. Mai 2007 üben sich Neonazis und andere Rechtsextremisten darin, entsprechende Worthülsen abzusondern. „Das Kapital kassiert, das Volk blutet!“, heißt es beispielsweise im Aufruf für die vermutlich größte Neonaziveranstaltung an jenem Tag in Dortmund unter dem Motto „Gemeinsam gegen Kapitalismus – Heraus zum 1. Mai“. Der „nationale und sozialistische Widerstand“ sei „die einzige politische Bewegung, für die soziale Gerechtigkeit mehr als eine Worthülse ist“, texteten die Autoren des Aufrufs. „Der 1. Mai ist der Feiertag, an dem die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten auf die Straße getragen werden.“ Die Arbeitnehmervertretungen sind dabei aus der Sicht von Neonazis ein Teil des Problems. Gefordert wird jedenfalls „ein konsequenter Angriff auf die Interessen des Kapitals“, der „die Machtposition der Herrschenden und ihrer Helfershelfer in Gewerkschaften und angeblichen Arbeitervertretungen“ zerstöre. „Mitteldeutsche NPD-Verbände und Freie Kräfte“, die in Erfurt auf die Straße gehen wollen, üben sich ebenfalls in einer Beschreibung „kapitalistischer Realitäten: Entwertung des menschlichen Lebens zugunsten der Profitmaximierung, samtweiche Ketten und Konsumware, gigantische und lähmende Zinslasten, imperialistische Wirtschaftskriege um Absatzmärkte, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen aus selbstherrlicher Gier und Ignoranz gegenüber ewigen Naturgesetzen.“

In ihrem Bekenntnis zum „nationalen und sozialistischen Widerstand“, den man getrost als „nationalsozialistischen Widerstand“ verstehen darf, sind die Dortmunder Autoren – verglichen mit den Aufrufen zu den anderen fünf angemeldeten rechtsextremen Mai-Demonstrationen – am deutlichsten. Je stärker die Veranstaltungen von der NPD beeinflusst sind, umso eher wird ein ganz offener NS-Bezug vermieden. Doch die Nähe zum Nationalsozialismus wird immer noch deutlich, wenn beispielsweise die bayerische NPD in ihrem Aufruf zur Demo in Nürnberg von einer „echten Volksgemeinschaft“ fabuliert und gegen die „Finanzaristokratie“ wettert, der „alle Werteschaffenden unseres Volkes“ gegenübergestellt werden.

Der 1. Mai ist neben dem Heldengedenken in Brandenburg, der Demonstration in Dresden zum „Bombenholocaust“ und dem – zuletzt gescheiterten – Versuch, für den Führer-Stellvertreter Rudolf Heß in Wunsiedel auf die Straße zu gehen, zu dem neonazistischen Demonstrations-Event geworden. Um die 3000 Rechtsextremisten wurden im vorigen Jahr beim „Tag der nationalen Arbeit“ gezählt. Und auch in diesem Jahr werden Demonstrationen in ähnlicher Größenordnung erwartet. Persönliche Differenzen stellen die Organisatoren dabei zurück. Und: Die Organisatoren vermeiden es diesmal, sich regional Konkurrenz zu machen. Im Nordosten wird in Neubrandenburg demonstriert, im Nordwesten in Vechta, im Südwesten in Rüsselsheim und Raunheim, im Süden in Nürnberg, in „Mitteldeutschland“ in Erfurt und im Westen in Dortmund.

Gemeinsamer Auftritt von Udo Voigt und Christian Worch

Dabei dürfte vor allem die bereits vor einem Jahr angemeldete Veranstaltung in Dortmund im Blickpunkt stehen. Als Veranstalter treten „parteifreie Nationalisten“ aus fast allen Regionen Nordrhein-Westfalens auf. Ihre Unterstützung haben die holländische Neonazi-Partei Nederlandse Volksunion (NVU) und inzwischen auch die NRW-NPD erklärt. Sie stellt mit dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Claus Cremer und Ralph Tegethoff auch drei der neun Redner. Für die NVU soll deren Vorsitzender Constant Kusters ans Mikrofon treten und für die nordrhein-westfälischen „Freien“ sprechen Siegfried Borchardt (Dortmund), der Düsseldorfer Sven Skoda, der aus der Hammer Neonaziszene stammende Dennis Giemsch sowie der kürzlich dem Kampfbund Deutscher Sozialisten beigetretene Sascha Krolzig. Als Redner angekündigt ist trotz seiner Differenzen mit der NPD-Führung auch Christian Worch.

Dortmund wird in der Szene und darüber hinaus seit Monaten am intensivsten beworben, mit spezieller Internetseite und – nach Angaben der Veranstalter – 15 000 Aufklebern und 25 000 Flug-

blättern. Eine pure „Latsch"-Demo soll sich nicht durch die Stadt im Osten des Ruhrgebiets bewegen: den braunen Musikgeschmack sollen die Bands „Carpe Diem", „Civil Disorder" und „Sense of Pride" treffen, und für das leibliche Wohl werde ebenfalls gesorgt, versprechen die Organisatoren. Vorgeschaltet ist dem Dortmunder „Tag der nationalen Arbeit" eine Kampagne mit zwei weiteren Veranstaltungen unter freiem Himmel. Die Essener NPD mit ihrem Vorsitzenden Bernd Kremer kündigte an, die Kampagne mit einer Kundgebung am 21. April unter dem Motto „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre" in Essen-Borbeck zu unterstützen. Und für den 28. April ist eine Kundgebung in Paderborn unter dem Motto „Gemeinsam gegen Kapitalismus, Ausbeutung und Arbeitslosigkeit" geplant, veranstaltet von „Freien" und NPDlern.

In Dortmund erwarten die Veranstalter zwischen 750 und 1000 Teilnehmer – eine Angabe, die die Polizei für realistisch hält, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage im Parlament hervorgeht. Rein zahlenmäßig dürften die anderen Demonstrationen dagegen abfallen. In Erfurt, wo als Redner JN-Bundeschef Stefan Rochow, der sächsische NPD-Landesvorsitzende Winfried Petzold, das thüringische Landesvorstandsmitglied Patrick Wieschke sowie Patrick Paul als Vertreter der „Freien" angekündigt sind, werden demnach 300 bis 500 erwartet. In Nürnberg wird mit etwa 350 rechtsextremen Demonstranten gerechnet. Dort sollen der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Sascha Roßmüller, der bayerische Landeschef Ralf Ollert sowie Landesvorstandsmitglied Rüdiger Schrembs ans Mikrofon treten. 200 Teilnehmer könnten zu den Demonstrationen in Rüsselsheim und Raunheim, veranstaltet von dem hessischen NPD-Landesvorsitzenden Marcel Wöll, kommen. In Neubrandenburg wurden vor zwei Jahren um die 400 Neonazis bei einem rechtsextremen Aufmarsch zum 1. Mai gezählt. Noch einmal deutlich unter diesen Zahlen dürfte Vechta bleiben. Nicht nur, weil die NPD Niedersachsen auf die Idee kam, ihre 1.-Mai-Demonstration in einer gerade einmal 30 000 Einwohner zählenden Stadt in der niedersächsischen Provinz zu veranstalten, sondern auch, weil die Demonstration von NPD-Verwaltungsleiter Ulrich Eigenfeld angemeldet wurde, der in der „Freien"-Szene zum Feindbild geworden ist.

Tomas Sager

„Juristisches Neuland"

Rieger will den „Heisenhof" behalten.

Wie nicht anders zu erwarten, wehrt sich Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger gegen die Abwicklung seiner Immobilien in Dörverden und Pößneck und legte juristische Beschwerde gegen den Liquidationsbeschluss des Amtsgerichts Jena ein. Nach neuestem Stand untersagt das Landgericht Gera dem Nachtragsliquidator der erloschenen „Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Ltd.", Alf-Heinz Borchardt aus Pößneck, Tatsachen zu schaffen, „die nicht rückgängig zu machen sind" – bis ein endgültiger Beschluss feststeht. Gerichtssprecher Philip Redeker zufolge habe das Landgericht eine „harte Nuss zu knacken", mit diesem Verfahren werde „praktisch juristisches Neuland" betreten.

So gilt es Fragen zu klären, etwa ob für eine englische Limited-Firma überhaupt eine Abwicklung nach dem deutschen GmbH-Gesetz möglich ist oder ob ein Liquidator für eine Firma bestellt werden kann, die es de facto gar nicht mehr gibt. Nach Informationen der „Verdener Nachrichten" sei Rieger überzeugt davon, den Heisenhof behalten zu können, denn bereits die Löschung seiner britischen Firma sei seiner Meinung nach „unrechtmäßig" gewesen. Riegers Beschwerde wendet sich auch gegen Borchardt, dem er „unzulässige Interessenverquickung" vorwirft. So müsse Borchardt, Jurist und Stadtrat aus Pößneck, die so genannte Restgesellschaft" vertreten, sei aber gehalten, die Immobilien marktgerecht zu verwerten. „Im Zweifel", so Riegers Meinung, stehe der Erlös den „Gesellschaftern" zu. Währenddessen signalisierte die Gemeinde Dörverden grundsätzliches Kaufinteresse, aber Gemeindevertreter befürchten, dass man sich zur Zeit „juristisch auf dünnem Eis" bewege.

In Schweden wurde Rieger wegen Tierquälerei zu einer Geldstrafe von 2 700,-- Euro verurteilt, wie das „Hamburger Abendblatt" berichtet. Demnach hätte Riegers Schweinezucht auf seinem Gut in Sveneby gegen Auflagen verstoßen. Aus Mannheim steht dem Blankeneser Rechtsanwalt neuer Ärger ins Haus: die dortige Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt gegen Rieger im Zusammenhang mit seinem Auftritt vor Gericht als Verteidiger des verurteilten Holocaust-Leugners Ernst Zündel.

Andrea Röpke

Schulterschluss mit den Freien

Die NPD will in sieben Kreistagen Sachsen-Anhalts in Fraktionsstärke einziehen. Auch andere extrem rechte Parteien wie DVU, Deutsche Partei und Republikaner bewerben sich um die Gunst der Wähler.

Durch eine zum 1. Juli in Kraft tretende Kreisgebietsreform werden in großen Teilen Sachsen-Anhalts Kreistags- und Landratswahlen erforderlich. Rechtsextreme und nationalkonservative Parteien wittern Morgenluft, allen voran die NPD. In sieben von neun neu gebildeten Landkreisen tritt die Partei zur Kreistagswahl an, mit insgesamt 115 Kandidaten.

In Burg bei Magdeburg führten die Nationaldemokraten zwei Wochen vor den Wahlen ihre zentrale Wahlkampfveranstaltung durch. Die Nutzung der Stadthalle, die Oberbürgermeister Bernhard Sterz (SPD) der NPD verweigern wollte, erkämpfte sich die rechtsextreme Partei durch zwei Instanzen vor Gericht. Zu den Hauptrednern der Veranstaltung, bei der Medienvertreter nur zeitweilig zugelassen waren, gehörten neben dem NPD-Landeschef in Sachsen-Anhalt, Andreas Karl, auch der Bundesvorsitzende Udo Voigt sowie weitere Mitglieder des Bundesvorstandes.

Mehrere Sprecher würdigten dabei die gute Zusammenarbeit mit unabhängigen Nationalisten und freien Kameradschaften in diesem Wahlkampf. Nachdem die NPD im Zuge des Verbotsverfahrens zu den Kameradschaften auf Distanz gegangen war, sucht sie seit geraumer Zeit zunehmend wieder den Schulterschluss. „In diesem Wahlkampf wurde das Bündnis zwischen den freien Kräften und der NPD zum ersten Mal in der Geschichte dieses Bundeslandes zum Leben erweckt“, sagte Matthias Heyder, Landesgeschäftsführer der Partei und Vorsitzender im Kreisverband Wernigerode-Halberstadt.

Wie eng dieses Bündnis zwischenzeitlich wieder ist, zeigt sich auch daran, dass die rechtsextreme Organisation „Selbstschutz Sachsen-Anhalt“ (SS-SA) als Ordnungskraft die Veranstaltung absicherte. Diese Gruppe, die von dem Rechtsextremisten Mirko Appelt aus Salzwedel gegründet wurde und seither von ihr geführt wird, betrachtet sich als Teil der „Freien Nationalisten“. Zum harten Kern der stets uniformiert auftretenden Gruppe gehören etwa 30 Personen, Appelt kann aber bei Bedarf jederzeit auf Angehörige unabhängiger Kameradschaften zurück greifen. Auch über die SS-SA hinaus zeigte die Zusammensetzung des Saalpublikums, dass die einstige Abgrenzung zwischen unabhängigen Nationalisten und der NPD – ebenso wie auf Bundesebene – längst der Geschichte angehört und nur ein taktisches Manöver zur Abwendung eines Parteienverbotes war.

Zahlreiche NPD-Redner zeigten sich überzeugt davon, dass die Partei in allen sieben neu zu bildenden Kreistagen in Fraktionsstärke vertreten sein wird. Entgegen ursprünglich geäußerten Absichten schicken die Parteistrategen in drei dieser Kreise auch eigene Kandidaten in das Rennen um das Landratsamt. So kandidiert Landeschef Andreas Karl für den Landratsposten im neuen Burgenlandkreis, Michael Schäfer tritt im neuen Landkreis Harz zum Rennen um das Amt des Landrates an. Schäfer ist kein ganz Unbekannter, er ist stellvertretender Landesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) in Sachsen-Anhalt und Beisitzer im JN-Bundesvorstand.

Die Kandidatenkür der NPD in Sachsen-Anhalt zeigt einmal mehr, dass die Partei längst nicht mehr der einst belächelte und wenig ernst genommene Altherren-Club ewig Gestriger ist. Auf den Kandidatenlisten der Partei finden sich zahlreiche JN-Mitglieder, zum Beispiel Enrico Marx, der seinen Beruf als „Produzent“ angibt. Tatsächlich produzierte der den Ostara-Skinheads zugerechnete Marx bereits, unter anderem die Publikation „Der Volksentscheid“, die sich im Untertitel als „unabhängiger Rundbrief freier Nationalisten“ bezeichnet. Auch seine Lebensgefährtin Judith Rothe steht auf der Kandidatenliste der NPD. Sie ist Stützpunktleiterin der JN in Sottershausen und Mitglied im Bundesvorstand des Rings Nationaler Frauen (RNF). Welche Bedeutung ihr seitens der NPD Sachsen-Anhalts zugemessen wird, kann man daran ersehen, dass sie eine der zentralen Reden bei der Hauptwahlkampfveranstaltung in Burg gehalten hat.

Die zunehmende Bedeutung der NPD in der rechtsextremen Szene Sachsen-Anhalts und die abnehmende Bedeutung anderer Parteien des extrem rechten Spektrums mag man daran ermessen, dass auf den NPD-Listen zahlreiche Kandidaten

vertreten sind, die einst sogar hohe Funktionen bei den Republikanern inne hatten.

Dennoch kämpfen nicht nur NPD-Bewerber um rechte Wählerstimmen. Auch die DVU, die Republikaner, die Deutsche Partei (DP), die DSU und die Offensive D schicken eigene Kandidaten ins Werben um die Wählergunst. Auf der Liste der DP findet sich dabei eine alte Bekannte wieder. Als Spitzenkandidatin der DP bewirbt sich Claudia Wiechmann. Sie zog 1998 als DVU-Abgeordnete in den Landtag von Sachsen-Anhalt ein und gründete nach dem Bruch großer Teile der 16-köpfigen DVU-Fraktion mit dem autokratischen Bundesvorsitzenden Gerhard Frey die Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP). Deren Bundesvorsitzende war sie bis zum politischen Scheitern und der daraus erfolgten Auflösung der FDVP beziehungsweise deren Aufgehen in der DP im Jahr 2003.

Eberhard Löblich

Freie Bahn für Rechtsrock

„Blood&Honour"-Strukturen in der schleswig-holsteinischen Provinz.

Ein kleines Dorf nahe Brunsbüttel in Schleswig-Holstein ist zum neuen Mekka der Rechtsrockszene geworden. Die Gemeinde Neufeld im Kreis Dithmarschen zählt gerade einmal 660 Einwohner, ist bei den Neonazis aber in aller Munde. Unter dem Banner „Nationale Aktionsfront Dithmarschen" (NAD) hat sich in der Region ein Kreis von rund 30 Aktivisten zusammen gefunden, der sich seit Ende 2006 einen stillgelegten Gasthof ausgeguckt hat, wo unter dem Deckmantel von privaten Feiern ungestört Rechtsrock gespielt wird. Polizei und Ordnungsbehörden sahen bisher keinen Grund zum Einschreiten. Der Verfassungsschutz geht davon aus, dass sich ein neuer Treffpunkt für die Neonaziszene etabliert hat.

Immerhin fünf Konzerte haben bereits in Neufeld stattgefunden. Dabei haben Bands wie „Oidoxie" (Dortmund), „Blue Eyed War" (Anklam) sowie die schleswig-holsteinischen Gruppen „ZOG Sux" und „Words of Anger" aufgespielt. Letztere war auch am 31. März aktiv, als ein von „Blood&Honour"-Kräften ursprünglich für Belgien geplantes Event kurzerhand konspirativ nach Neufeld gelotst wurde. Kamen die Besucher zuvor meist aus der Region und der Hamburger Gegend, so fanden sich diesmal Gäste aus ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland ein – Beobachter sprechen von rund 250 Teilnehmern. Damit hat der Saal der ehemaligen Kneipe, an die ein Camping-Areal grenzt, auch seine Kapazitätsgrenze erreicht. Diverse Gäste nahmen tagsüber noch am Neonazi-Gedenkmarsch in Lübeck teil.

Beworben wurde das Ereignis im Internet unter dem Titel „No surrender day" auf „Blood&Honour"-Seiten und bei ISD-Records, ein Label, das inzwischen offiziell aus Lauderdale/Ohio operiert. Die Buchstaben ISD stehen dabei für Ian Stuart Donaldson, dem glorifizierten Kopf der nicht mehr existierenden britischen Neonaziband „Screwdriver". Seit September 2000 ist die deutsche Sektion von „Blood&Honour" verboten. Daher laufen zum jüngsten Neufeld-Konzert nun Ermittlungen wegen des Verdachts des Fortführens einer verbotenen Organisation. Den Behörden liegen eindeutige Erkenntnisse vor, dass die Strippenzieher aus Deutschland kommen.

Der Ex-Gasthof gehört einem Automatenaufsteller. Er wollte die Immobilie im Vorjahr der Gemeinde veräußern, diese lehnte aber ab, weil ihr der geforderte Kaufpreis über Gebühr hoch erschien. Jetzt hat der Besitzer des Objekts mit dem Namen „Zur Börse", wo zeitweise auch die alte Reichsfahne gehisst wurde, offenbar in NAD-Kräften punktuell willige und zahlungskräftige Mieter gefunden. Neufelds Bürgermeister Peter Reimer Janßen spricht jedenfalls von einer Rache-Retourkutsche, weil seine Gemeinde die Kneipe nicht kaufen wollte. Die NPD vor Ort erkennt keinen Grund zur Aufregung und verharmlost. Natürlich ist ihr am Schulterschluss mit Freien Kräften und der Dithmarscher Kameradschaftsszene gelegen. David Tietje, Beisitzer im NPD-Bezirksvorstand meint, die Neufelder Bevölkerung hat „keinen Grund, um Angst oder Furcht vor den national gesinnten Konzertbesuchern zu haben. Das sind normale Jugendliche, die eben ein Konzert mit deutscher Musik besuchen. Mehr nicht!"

Horst Freires

Prozesse

Link zur Holocaust-Leugnung

Vorwurf der Volksverhetzung gegen den ehemaligen NPD-Kreischef von Ostvorpommern/Greifswald bestätigt.

Das Amtsgericht Wolgast verurteilte den ehemaligen Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Ostvorpommern/Greifswald Christian Deichen wegen Volksverhetzung zu einer Gesamtgeldstrafe in Höhe von 660,-- Euro. Außerdem wurden zwei Computer eingezogen. Da Verteidigung und Staatsanwaltschaft auf Rechtsmittel verzichteten, ist das Urteil bereits rechtskräftig.

Deichen betrieb und verantwortete die Internetseiten der NPD-Kreisverbände Ostvorpommern/Greifswald und Mecklenburg/Strelitz bis zum Beginn des Landtagswahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern im Sommer 2006. Ihm wurde vorgeworfen, die NPD-Internetseiten mit einer indizierten Website verlinkt zu haben, auf der der Holocaust geleugnet und zur Ermordung von Juden aufgerufen wurde. Konkret hieß es dort: „Wir müssen kämpfen, für die richtige Erinnerung an den Holocaust – die tatsächliche Verbrennung der Juden in der Zukunft statt der Science-Fiction-Vergasung in der Vergangenheit". „Die Konsequenz: Mein Kampf gegen das Vergessen – wir dürfen den Holocaust nicht vergessen, sondern müssen ihn endlich wirklich durchführen!"

Die Staatsanwaltschaft Stralsund hatte ein erstes Ermittlungsverfahren gegen Deichen bereits im August 2005 eingestellt. Begründet wurde die Einstellung des Ermittlungsverfahrens, „weil die Schuld des Beschuldigten als gering anzusehen wäre und ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung nicht besteht." Dabei berücksichtigte der zuständige Staatsanwalt, „dass es sich bei der Tat um ein erstmaliges Fehlverhalten gehandelt hat und der Beschuldigte durch die Ermittlungen hinreichend beeindruckt gewesen sein dürfte". Nach einer zweiten Strafanzeige erließ das Amtsgericht Wolgast am 15. August 2006 einen Strafbefehl mit einer Gesamtgeldstrafe von 1800,-- Euro und der Einziehung von zwei Computern. Gegen diesen Strafbefehl legte Deichen in vollem Umfang Widerspruch ein. Mehrfach wurde dann der Verhandlungsbeginn vertagt. Ursprünglich sollte Deichen der Prozess bereits im November 2006 gemacht werden. Kurz vor dem Termin kam dem Angeklagten jedoch der Verteidiger abhanden. Ein weiterer Verhandlungstermin wurde wegen Urlaubs des zuständigen Richters erneut vertagt.

Nachdem Deichen am ersten Verhandlungstag den Ahnungslosen gab, verhöhnte er auf einer einschlägigen Internetseite den „stümperhaften" Staatsanwalt und den Richter, den er als „Internet-Legastheniker" bezeichnete. Nach der Vernehmung zweier Zeugen am zweiten Verhandlungstag waren die Beweise erdrückend. Da sein Mandant nur ALG II-Empfänger sei, beschränkte Deichens Verteidiger, der rechte Szene-Advokat Peter Stöckicht aus Laage bei Rostock, nach einem Richtergespräch den Widerspruch nur noch auf die Höhe der Tagessätze.

Den Richter als „Internet-Legastheniker" verhöhnt"

Dass Deichen nur Sozialleistungen bezieht, darf indes bezweifelt werden. Auf den Internetseiten eines Wolgaster Versandhandels für Modelleisenbahnen ist er als Verantwortlicher des Internetauftritts angegeben. Zuständig soll er auch für die Vermarktung und Werbung sein. Außerdem ist er nach eigenen Angaben „geistiger Vater und Objektleiter" des A.N.O.S-Wissensmagazins. Dabei handelt es sich um ein verschwörungsstheoretisches Hochglanz-Magazin, welches den „schmalen legalen Weg zwischen Aufklärung, Polemik, Revisionismus und Volksverhetzung" gehen will. Zusätzlich wird so genannte Themenliteratur angeboten, wie: „Das erste Druckerzeugnis aus dem systemkritischen / revisionistischen Lager, das für nationale Gleichgesinnte ist, die dieses Instrument spielen lernen wollen, ganz ohne Noten!" Auch bei weiteren Internetangeboten wie brasei.de und dem „national brennwerk" taucht Deichen im Impressum auf. Zudem kann man bei ihm „nationale Werbemittel mit deinem Wunschmotiv" ordern.

Thomas Niehoff

Ausland

Gefährliche Allianz

Die „White-Power"-Gang PEN1 genießt den Schutz der „Arischen Bruderschaft" und profitiert von deren Infrastruktur.

Rechtsextreme Gangs florieren im US-amerikanischen Gefängnissystem ungeachtet aller Maßnahmen der Behörden. Sie erpressen Schutzgelder, kontrollieren den Drogenfluss oder führen auf mit unsichtbarer Tinte verfasste Anweisung tödliche Angriffe aus. Dominiert wurde die Szene lange Zeit von der 1964 in Kalifornien von weißen Häftlingen in Reaktion auf die militante „Black Power"-Bewegung gegründete Organisation „Aryan Brotherhood" („Arische Bruderschaft"; AB). Obwohl ihre Mitglieder weniger als 0,1 Prozent der gesamten Gefängnisinsassen ausmachen, ist die berüchtigte „Bruderschaft" – auch bekannt als „The Brand" – nach offiziellen Schätzungen für rund 20 Prozent der jährlichen Morde in den Bundes- und Staatsgefängnissen der USA verantwortlich. Nach den Prozessen gegen mehrere wichtige Anführer im vergangenen Jahr und der weitgehenden Zerschlagung der AB-Aktionsstrukturen ist eine weitere Gruppierung in das Visier der Ermittler geraten: „Public Enemy Number 1" (PEN1).

Die Organisation repräsentiert eine ungewöhnliche Mischung aus Skinhead-Crew, gewaltbereiter Knast-Gang und rassistischem Straßensyndikat. Gegründet Anfang der 80er in Süd-Kalifornien, liegen die Wurzeln von PEN1 ursprünglich in der Punk-Subkultur rebellierender Mittelklasse-Teenager. Die „White Power"-Gang operiert sowohl inner- als auch außerhalb der Mauern amerikanischer Haftanstalten und stellt für die hinter Gittern entstandenen klassischen Gefängnisorganisationen einen interessanten Partner dar. Ebenso unterliegen die kaum bekannten PEN1-Mitglieder im Regelfall keinen verschärften Haftbedingungen wie die strikt von den restlichen Insassen getrennten Angehörigen von AB oder ihres ehemaligen verlängerten Armes „Nazi Low Riders" (NLR). Bereitwillig wurde das entstandene Vakuum von der jüngeren Organisation gefüllt, deren Mitglieder als „Fußsoldaten" die kriminellen Operationen der etablierten Neonazis sichern. Im Gegenzug genießt PEN1 den Schutz der gefürchteten „Bruderschaft" und profitiert von deren weitläufiger Infrastruktur.

Unterschiede zwischen PEN1 und anderen US-amerikanischen „White Supremacy"-Gruppen bestehen vor allem in der Struktur. Zwar existiert eine autoritäre Führungsspitze, doch besitzt die lose organisierte Gang weder eine schriftliche Satzung, noch scheint es einen vergleichbaren Verhaltenskodex zu geben. Die in Freiheit lebenden Mitglieder pflegen Kontakte zu lokalen Skinhead-Gruppen und sind für die Gesetzeshüter oft nur durch ihre Tätowierungen zu identifizieren. Um weniger Verdacht beim Wachpersonal zu erwecken, werden auch weibliche Anhänger für Kurierdienste oder anderweitige Aufgaben eingesetzt. Die Allianz mit der AB – zementiert durch die Aufnahme ihres wegen versuchten Mordes einsitzenden Anführers Donald „Popeye" Mazza in die AB im Jahr 2005 – hat das Ansehen von PEN1 weiter gestärkt und zur Ausbreitung der Gang beigetragen. Den behördlich dokumentierten Daten nach ist die Mitgliederzahl von PEN1 auf 350 bis 400 Personen angestiegen. Die Dunkelziffer inklusive Unterstützer könnte Expertenschätzungen zufolge doppelt so hoch sein.

PEN1 verfolgt inzwischen vorrangig kriminelle Ziele. Mitglieder der Gruppe sind in Schutzgelderpressungen, Dokumentenfälschung oder organisierten Checkbetrug verwickelt. Haupteinnahmequelle der Organisation ist der Drogenhandel. Darüber hinaus geht auch eine Vielzahl von Gewaltverbrechen auf das Konto von PEN1. Die Palette reicht von Vorfällen in Verbindung mit Drogen über Angriffe auf ethnische Minderheiten oder Sexualstraftäter bis zu brutalem Auftragsmord. Ermittler nehmen das von PEN1 ausgehende Bedrohungspotenzial sehr ernst. Erst im Dezember 2006 hatte die kalifornische Polizei an 75 verschiedenen Orten Razzien und Hausdurchsuchungen durchgeführt, nachdem die Behörden vom Kursieren einer „Abschussliste" der Gang erfahren hatten, auf der angeblich auch die Namen eines Bezirksstaatsanwaltes und von Polizisten aus fünf verschiedenen Regierungsdistrikten stehen sollten. Bei der Aktion wurden 67 mutmaßliche PEN1-Mitglieder festgenommen, bei denen die Polizei auf gefälschte Papiere, große Mengen Narkotika sowie umfangreiche Arsenale von illegalen Waffen stieß.

Michael Funk

Grauzone

Betriebsrat mit Tarnkappe

Mehrere Mitglieder des AUB waren mit der extrem rechten Szene verstrickt.

Ins bundesweite Rampenlicht ist die Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger e.V. (AUB) geraten. Deutlich mehr als 30 Millionen Euro soll die Siemens AG seit 1991 in Firmen gepumpt haben, die dem langjährigen AUB-Vorsitzenden und Unternehmensberater Wilhelm Schelsky gehören. Schelsky, der zwischenzeitlich von seinem Amt als AUB-Bundesvorsitzender zurückgetreten ist, sitzt seit Februar wegen Beihilfe zur Untreue und Steuerhinterziehung in Nürnberg in Untersuchungshaft. „Dass Herr Schelsky uns finanziell unterstützt hat, das ist Fakt", räumt die AUB-Vize-Bundesvorsitzende Ingrid Brand-Hückstädt (FDP) ein.

Die angeblich über 30 000 Mitglieder zählende AUB geht auf eine Initiative von übertariflich bezahlten Angestellten des Siemens-Konzerns in Erlangen zurück, die sich Mitte der 70er Jahre mit Unterstützung der Siemens-Chefetage zur späteren AUB zusammenschlossen. Ablehnung der angeblich ideologisch „verblendeten" und „ferngesteuerten" IG Metall und das erklärte Ziel, die Harmonie mit dem Arbeitgeber anzustreben, kamen der Geschäftsführung offenbar wie gerufen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist nach Auffassung der AUB mit seinen Forderungen „nicht mehr zeitgemäß". Als „Alternative" zu den „klassenkämpferischen" Gewerkschaften setzt die AUB auf betriebliche Arbeit vor Ort. „Betriebsnahe Lösungen" sollen den „Betriebsfrieden sichern" und „Streiks überflüssig machen".

1984 erklomm Schelsky das Amt des AUB-Vorsitzenden und weitete den Einflussbereich der zweifelhaften Betriebsratsorganisation auf andere Unternehmen aus. 1985 wurde die AUB eingetragener Verein, 1986 erfolgte die Anerkennung als Berufsverband. Im gleichen Jahr erklärte Schelsky in einer Rede vor dem CDU-Parteitag in Mainz, dass die Arbeit der traditionellen Gewerkschaften den Fortbestand der wirtschaftlichen Entwicklung gefährden könne. Die Rede des Arbeitnehmervertreters Schelsky endete mit einem Appell: „Stärken Sie bitte den Unternehmern den Rücken."

Am 2. Juni 1993 nahm die AUB erstmals an den Sozialwahlen teil, die alle sechs Jahre anstehen. Bei der Prozedur, mit der die Wähler/innen ihre Vertreter/innen in die Parlamente von Rentenkassen, Unfallversicherungen und Ersatzkassen entsenden, traten auch ultrarechte AUB-Kandidaten an. „Mit Tarnkappe ins Renten-Parlament" schrieb damals „Der Spiegel" und machte damit erstmals auf Verstrickungen von AUB-Mitgliedern mit der extrem rechten Szene aufmerksam.

Auf der Liste der AUB traten unter anderem Wolfgang Hajek und Ulrich Ruth an. Hajek, Betriebsrat der Münchner Waffenfirma Krauss-Maffei, war zu diesem Zeitpunkt Kreisvorsitzender der Republikaner in Starnberg, Bayern. Ruth, Mercedes-Benz-Betriebsrat in Stuttgart, war in einschlägigen Kreisen als ehemaliger NPD-Funktionär und Wahlkämpfer für die rechtsextreme Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) bekannt. Im Oktober 1994 wurde Ruth laut Handelsregister Kommanditist der Junge Freiheit Verlag GmbH & Co. Sein Einsatz für die „Junge Freiheit" war ihm 10 000 Mark wert. Sein privates Engagement gehe die Beschäftigten nichts an, meinte Ruth in einem Interview: „Für einen Betriebsrat ist das total unwichtig, ob der irgendwo im Handelsregister steht." Der AUB ist Ruth treu geblieben. Er fungiert heute als Listensprecher der AUB bei Daimler Chrysler in Sindelfingen. Mitstreiter der AUB war auch der im Mai 2006 verstorbene Journalist Fritz Schenk, vormals SED-Mitglied, später Kolumnist der „Jungen Freiheit" und Initiator des Appells „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann". „Als geschätzter Referent vieler Seminare und Podiumsdiskussionen hat er sehr beeindruckt. Er ist für uns unersetzbar und wir sind sehr traurig.", hieß es in einer Todesanzeige der AUB in der FAZ.

Der Ex-AUB-Boss Wilhelm Schelsky ist der Sohn des 1984 verstorbenen Soziologen Helmut Schelsky. Der war 1932 in die SA eingetreten, von 1934 an Mitglied des SA-Lehrsturms 107 Leipzig und arbeitete ein Jahr später im „Amt Rosenberg" mit. Als „sozialistische Tat" hatte Helmut Schelsky 1934 „die Unfruchtbarmachung von unheilbar belasteten Menschen" gefeiert. Eine „sozialistische Tat" sei auch, so Helmut Schelsky, „die Erziehung einer Presse, die ihre Aufgabe für die Volksgemeinschaft nicht erfüllt, durch Zensur."

Anton Maegerle

Thema „Meinungsfreiheit“

Rechtslastige Redner bei Burschenschaftern.

Etwa 300 Burschenschaftler versammelten sich am 31. März zu einem Verbandstag der Deutschen Burschenschaft im rheinland-pfälzischen Landau. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Symposium „175 Jahre Hambacher Fest – Beschränkung der Meinungsfreiheit einst und heute“. Erst dem aktualisierten Programm des Symposiums konnte die Mehrzahl der Burschenschaftler entnehmen, dass auch die in der rechtsextremen Szene bekannte Hamburger Rechtsanwältin Gisa Pahl, Domaininhaberin des „Deutschen Rechtsbüros“, zum Thema „Meinungsfreiheit heute“ geladen war. Unter dem Pseudonym „Gisela Sedelmaier“ ist Pahl (Jg. 1957) Autorin des juristischen Handbuchs „Mäxchen Treuherz“, das rechtsextremen „Aktivisten ein hilfreicher Ratgeber sein“ soll, „um Konflikten mit der Exekutive und Judikative des freiesten Rechtsstaates, der je auf deutschem Boden existierte, vorzubeugen“.

Moderiert wurde das Symposium von dem österreichischen Rechtsanwalt Gerald Waitz (Jg. 1972), Mitglied der Innsbrucker Akademischen Burschenschaft Brixia. Referate hielten Dieter Stein und Lutz Weinzinger. Stein, Chefredakteur der „Jungen Freiheit“, Mitglied der Freiburger Hochschulgilde Balmung und der DHG Karl-Friedrich Schinkel zu Berlin, sprach zum Thema „Die Entwicklung der Meinungsfreiheit im deutschen Kulturraum von 1832 bis heute“. Der Österreicher Lutz Weinzinger (Jg. 1943), FPÖ-Nationalratsabgeordneter, Mitglied der Wiener akademischen Burschenschaft Bruna Sudetia, Vorsitzender der FPÖ Oberösterreich, referierte über „Die Meinungsfreiheit in der heutigen Republik Österreich“. Ein Kurzreferat hielt der Bonner Regierungsdirektor Josef Schüßlburner (Jg. 1954), Referent bei der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik, über Bürgerliche Freiheiten versus Zivilreligion.

Zuständig für die Medienvertreter vor Ort war Norbert Weidner, Pressesprecher der Deutschen Burschenschaft, einstiger Spitzenfunktionär der 1995 verbotenen Neonazi-Truppe FAP. Weidner gehört der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn an.

Anton Maegerle

Demokratische Initiativen

Bedingungen selbst wählen

Mit Rechtsextremen öffentlich reden? Tipps gegen die „Wortergreifungsstrategie“.

Selbstdarstellung und Agitationsformen rechter Gruppen sind professioneller und vielfältiger geworden. Wie reagieren Demokraten, wenn Rechtsextreme unter Berufung auf Meinungsfreiheit Einlass zu öffentlichen Diskussionsveranstaltungen fordern? Eine Broschüre des Vereins Miteinander gibt eindeutige Antworten darauf: Vertretern des rechten Randes darf kein Podium geboten werden. Deren Plan ist, sich als legitimer Bestandteil des demokratischen Spektrums und Opfer politischer Meinungsunterdrückung darzustellen. Wer sich auf die öffentliche Diskussion mit Neonazis einlässt, tappt in die Falle dieser „Normalisierungsstrategie“.

Die Broschüre nennt Grundbestandteile der extrem rechten Ideologie und gibt gute Hinweise, worauf im Vorfeld und während Veranstaltungen zu achten ist. Sie ist allen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu empfehlen, die eine öffentliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus planen – und zwar ohne deren Vertreter. Dabei macht sie klar, dass einer argumentativen Konfrontation nicht aus dem Wege gegangen werden soll; diese muss allerdings unter selbstgewählten Bedingungen und selbstgewählten Gesprächspartnern gesucht werden. Die Debatte mit diffus rechtsorientierten Jugendlichen ist schon deswegen wichtig, damit diese überhaupt mit konträren Auffassungen konfrontiert werden. Die Debatte mit Kadern ist dagegen überflüssig: Diese sind weder zu überzeugen, noch sind sie dialogbereit. – Die erste Auflage der Broschüre war im Handumdrehen vergriffen.

Die Broschüre kann bezogen werden von: Miteinander Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V., Erich-Weinert-Straße 30, 39104 Magdeburg.

Michael Pechel

Miteinander e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus (Hg.) „Streiten mit Neonazis? Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten“; www.miteinander-ev.de; dort auch als PDF-Download.

Blick in die Zeitgeschichte

„Mut, sich zu kümmern“

Ein „Gerechter unter den Völkern“ - der Unternehmer Ernst Leitz wollte kein Held sein und war doch einer.

In der vorhergehenden Ausgabe hat „blick nach rechts“ über Muslime berichtet, die während des Holocaust Juden gerettet haben. Diesmal geht es um einen deutschen Christen, Unternehmer, Kapitalisten und Retter deutscher Juden. Es waren nicht so viele, wie Oskar Schindler beschützt hat, aber doch genug, um Anfang des Jahres in Palm Beach, Florida, posthum geehrt zu werden.

Es geht um Ernst Leitz, den Chef der berühmten Firma Leica in Wetzlar. Er erhielt von der weltweit operierenden Organisation Anti Defamation League (ADL) den Preis „Courage to Care“ (Mut, sich zu kümmern), weil er bis Anfang der 40er-Jahre Juden in seinen Betrieben beschäftigt und ihnen später die Flucht nach Übersee ermöglicht hat. Der Anstoß für diese späte Ehrung kam von einem amerikanischen Rabbiner: Frank Dabba Smith, ein leidenschaftlicher Photograph, erfuhr aus einer Fachzeitschrift für Photographie von deutschen jüdischen Flüchtlingen, die zwischen 1938 und 1940 Woche für Woche vor einer Leica-Fabrik in New York darauf warteten, untergebracht zu werden.

Der Augenzeuge hieß Norman Lipton. Er arbeitete damals in der Leica-Lehrlingsausbildungsabteilung und berichtete: „Ich sah um die 20 bis 30 müde Frauen und Männer an der Wand unseres großen offenen Büros aufgereiht. Sie hatten alle Gepäck in der Hand und eine Leica um den Hals. Langsam und der Reihe nach betraten sie das Büro. Alle paar Wochen, wenn die (deutschen Passagierdampfer) ´SS Bremen´ oder die ´SS Europa´ an den Hudson River Piers in unserer Nähe angelegt hatten, ging die Prozedur von neuem los.“ Lipton erinnerte sich auch an die Bemühungen des New Yorker Leica-Chefs, die Flüchtlinge in der Photobranche unterzubringen. „Tag für Tag telefonierte der Leica-Geschäftsführer herum auf der Suche nach Stellen, die zur Ausbildung seiner Schützlinge passten. Das konnte bei Kodak, Wollenstack, Ilex, Univis oder anderen Optikunternehmen im Staat New York sein, in Photogeschäften oder -labors, in der Produktion oder Verwaltung.“

Wie Mark Honigsbaum im Magazin der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) Mitte Februar in einer langen Reportage berichtete, machte sich Lipton auf die Suche nach seinen ehemaligen Leica-Kollegen und besuchte für ein US-Magazin auch den jüngsten Sohn von Ernst Leitz in der Nähe von Wetzlar. Der sagte ihm, sein Vater habe mit dieser Geschichte nicht an die Öffentlichkeit gehen wollen. Lipton suchte nach weiteren Augenzeugen und so entstand langsam ein Mosaik von dem Ehrenmann und Nazigegner Ernst Leitz.

Zu den Informationen, die Lipton nach und nach erhielt, gehörte auch die Nachricht, dass Leitz Mitglied der NSDAP war, was nicht ins Bild dieses Mannes passte. Doch bald stellte sich heraus, warum Leitz das getan hatte – tun musste. Seine Tochter Elsie hatte einer rassisch gefährdeten jungen Frau, die sich in der Schweiz in Sicherheit bringen musste, Schweizer Franken und eine Landkarte geschenkt. Elsie wurde von der Gestapo festgenommen und eingesperrt. Es dauerte drei Monate, bis Ernst Leitz als Chef eines für die Kriegführung besonders wichtigen Unternehmens seine Tochter frei bekam. Die Preise dafür waren das Parteibuch der Nazis und 1947 ein kurzes Entnazifizierungsverfahren in Wetzlar. Einige seiner Schützlinge wie Nathan Rosenthal bescheinigten der Entnazifizierungsbehörde, was Ernst Leitz für viele Juden getan hat – mindestens 41 verdankten ihm ihr Leben.

Rosenthal zitierte aus einem Brief, den er Leitz geschrieben hat. „Ich werde Ihnen ewig dankbar sein, dass Sie, als ich Ihnen 14 Tage nach Hitlers Machtübernahme mein Anliegen vortrug, meinen Sohn Paul, der sich in der Schule zunehmend dem Antisemitismus der Lehrer ausgesetzt sah, sofort in Ihr Unternehmen aufnahmen, ohne auf die möglichen politischen Konsequenzen zu achten. Die Ausbildung, die er dann bei Ihnen erhielt, und die spätere Anstellung in Ihrem Unternehmen hier in New York ermöglichten uns die Auswanderung, die anderenfalls völlig ausgeschlossen gewesen wäre.“ Das Entnazifizierungsverfahren wurde nach diesem Brief beendet, doch auch das blieb in der Familie. Ernst Leitz wollte kein Held sein – und war doch einer.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

„Todfeinde des Ausbeutersystems“

Rheinbach - Axel Reitz, der zurzeit unter anderem wegen Volksverhetzung eine 33-monatige Haftstrafe absitzt, meldete sich mit einem Interview aus der JVA Rheinbach zu Wort. In dem Gespräch, das der „Freie Widerstand Bergisches Land“ auf seiner Homepage veröffentlichte, bekennt er sich zu einem „Nationalen Sozialismus“: „Als Sozialisten sind wir Todfeinde des herrschenden kapitalistischen Ausbeutersystems.“ Bei vielen seiner Kameraden vermisst er jedoch offenbar den revolutionären Impetus: „Große Teile unseres Lagers wurzeln noch in den Vorstellungen einer dekadenten und verkommenen Gesellschaft, die Geld, Besitz, persönliches Fortkommen und falschen Schein vergötzt.“ Auch wenn die Zahl der Demonstrationen von Neonazis in Nordrhein-Westfalen nach seiner Inhaftierung vor einem Dreivierteljahr deutlich sank, will er nicht „schwarz sehen“, was die Situation der Szene im größten Bundesland anbelangt. Sie befinde sich in einem Prozess der Wandlung und Veränderung. Da sei es nur natürlich, dass mehr hinter den Kulissen geschehe als auf der Straße. Er sei sich aber sicher, dass „der aktivistische Geist unserer Zusammenhänge sich auch ohne mein Zutun Bahn brechen“ werde. (ts)

Zerfallsprozess

Isernhagen – Die Republikaner in Niedersachsen fallen immer weiter auseinander. Jürgen Wirtz – zuletzt stellvertretender Landesvorsitzender – aus Isernhagen bei Hannover hat nach 18-jähriger Parteizugehörigkeit den Republikanern den Rücken gekehrt und ist ausgetreten. Er folgt damit dem ehemaligen Landesvorsitzenden Christian Perbandt und dem zuletzt als Pressesprecher wirkenden Björn Tute, die beide vor wenigen Wochen ebenfalls die Partei verlassen haben. Wirtz hat sich unterdessen der Deutschen Partei (DP) angeschlossen. Auch der kürzlich ausgeschiedene Landesschriftführer der Republikaner aus Sachsen, der Leipziger Kai Karsten Gürtelmaier, sagte der Partei ade und „heuerte“ bei der DP an. Die REP-Internetseiten aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Saarland und Niedersachsen sind zurzeit nicht erreichbar. Die Seite des Bundesarbeitskreises der Republikanischen Jugend wurde zuletzt 2004 aktualisiert. (hf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de